

Quelle Nürnberg Nachrichten vom 10.09.2010
Seite 2
Ressort Politik
Web-Link <http://www.nn-online.de/artikel.asp?art=1287562&kat=3>
Autor Dieter Schwab
Copyright © 2010 Nürnberger Nachrichten

Kommentar:

Mehr Gehalt darf sein

Die Wirtschaft verkraftet moderate Steigerungen

Wenn es nach den Arbeitgebern geht, gibt es keinen wirklich guten Zeitpunkt für Lohnerhöhungen: Droht ein Abflauen der Konjunktur, muss natürlich gespart werden, um Arbeitsplätze zu erhalten. Wenn es langsam wieder aufwärts geht, darf die Entwicklung nicht durch zusätzliche Kosten in Gefahr gebracht werden. Und brummt die Wirtschaft endlich wieder, sind unbedingt Rücklagen für wieder schlechtere Zeiten zu bilden.

An diesem Schema orientieren sich die Stellungnahmen der bundesdeutschen Arbeitgeber auch jetzt wieder, nachdem die Rezession von 2009 unerwartet schnell überwunden wurde: Einerseits freute sich die Autoindustrie im Frühsommer über das dynamische internationale Pkw-Geschäft, der Maschinenbau vermeldete eine steile Aufwärtstendenz und der Chemieverband weitgehend ausgelastete Industrieanlagen. Zugleich aber warnten Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt oder Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser vor überhöhten Lohnforderungen, die die Erholung gefährden könnten.

Das ist sicher die übliche Rhetorik vor Tarifgesprächen, die zum Beispiel in den kommenden Wochen für den Stahlbereich anstehen: Die beiden Funktionäre wissen natürlich, dass gewerk-

schaftliche Forderungen praktisch nie Realität werden. Und der IG Metall ist klar, dass sie mit sechs Prozent anfangen muss, um am Ende um die drei Prozent zu bekommen.

Gute Argumente

Für diese Steigerung, die jetzt auch der Wirtschaftsweise und Würzburger Professor Peter Bofinger über alle Branchen hinweg für vernünftig hält, gibt es in der Tat gute Argumente. Erst vor zwei Tagen meldete das Wiesbadener Bundesamt für Statistik, dass in den letzten zehn Jahren die deutschen Löhne und Gehälter weit weniger anstiegen als in allen anderen Ländern des Euroraums. Mit anderen Worten: Seither stagniert das reale Einkommen.

Die Arbeitnehmer haben damit - und durch die Einschränkungen der Agenda 2010 - einen wesentlichen Beitrag geleistet, um die deutsche Wirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen. Sie haben folglich auch das Recht, von einer positiven Entwicklung zu profitieren.

Dass sie da ist, bestätigten gestern gleich mehrere Expertisen: Zwei renommierte Einrichtungen, das Kieler Institut für Weltwirtschaft wie das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut, schraubten ihre Wachstumsprognosen für das laufende Jahr deutlich nach oben - auf satte 3,4 Prozent.

Hinter den USA

Dazu passt der Befund des Weltwirtschaftsforums, wonach die Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik deutlich zugenommen hat: Die deutsche Wirtschaft ist international vom siebten auf den fünften Rang, im europäischen Vergleich sogar auf den ersten Platz vorgeückt. Zwar bemängeln die Autoren der Studie fehlende Lohnflexibilität und angeblich zu starken Kündigungsschutz, doch das ändert nichts an dem insgesamt positiven Bild.

Dies gilt auch für die Prognose der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die für das nächste Jahr eine Konjunkturdelle prophezeit, Deutschland aber trotzdem auf dem Wachstumspfad sieht. Wobei der OECD vor allem ein Problem Sorgen macht: Deutschland ist zu stark von Exporten abhängig, die Nachfrage im Inland dagegen schwächelt.

Moderate Zuwächse beim Einkommen sind ein Weg, um diese Schieflage zu beenden: Sie kurbeln den privaten Konsum an. Das Prinzip, das dahintersteckt, hatte schon der legendäre Autobauer Henry Ford verstanden. Er bezahlte seine Beschäftigten bewusst gut - damit sie sich die Fahrzeuge, die sie herstellten, auch leisten konnten.